

Geschäftszahlen:

BMDW: 2021-0.393.131

BMBWF: 2021-0.668.625

BMK: 2021-0.408.924

72/4.1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die formelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Raumfahrt), Brüssel, 27./28. Mai 2021

Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie, 27. Mai 2021

Am 27. Mai 2021 fand in Brüssel die Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie statt. Österreich wurde durch den Stellvertretenden Ständigen Vertreter Bot. Gregor Schusterschitz vertreten. Seitens der Europäischen Kommission waren Vizepräsident Valdis Dombrovskis, Vizepräsidentin Margrethe Vestager und Kommissar Thierry Breton anwesend. Den Vorsitz führte der portugiesische Wirtschaftsminister Pedro Siza Vieira.

Zu Beginn des Rates wurden der Digital Services Act und Digital Markets Act (TOP 3 und 4) gemeinsam behandelt. VP Vestager und KM Breton betonten die führende Rolle der EU in beiden Bereichen, an der man weiterarbeiten sollte. Die COVID-19-Pandemie habe die wichtige Rolle des digitalen Raumes gezeigt und man müsse den digitalen Binnenmarkt mit starken Regeln und einheitlicher Umsetzung vor Missbrauch durch große Plattformen schützen. Österreich betonte, dass der DSA grundsätzlich die wesentlichen Themen auf horizontaler Ebene adressiere, es sei aber sicherzustellen, dass die Behörden grenzüberschreitend mit den Anbietern kommunizieren könnten, ohne dass bestehende straf- oder zivilprozessuale Vorschriften ausgehebelt würden. Es sei wichtig, dass der DMA einen echten Mehrwert im Vergleich zum geltenden Wettbewerbsrecht bringe. Die Liste der ex-ante Verpflichtungen ebenso wie der Prozess zur Designierung der Gatekeeper sollte zielgerichtet, klar und effizient gestaltet werden. Der kommende slowenische Ratsvorsitz kündigte intensive Arbeiten unter seinem Vorsitz an und strebt eine Allgemeine Ausrichtung am Rat Wettbewerbsfähigkeit im November an. Unter TOP 5

wurden Schlussfolgerungen zum Thema „Tourismus in Europa im nächsten Jahrzehnt: Nachhaltig, widerstandsfähig, digital, global und sozial“ und unter TOP 6 Schlussfolgerungen zu Datentechnologien zur Verbesserung der „besseren Rechtsetzung“ gebilligt.

Die zweite Tischrunde war der Aktualisierung der Industriestrategie mit Schwerpunkt auf den Zugang zu Rohstoffen gewidmet. KM Breton verwies auf die drei Kernelemente: die Stärkung der Resilienz und des Binnenmarktes, den Ansatz der Ökosysteme und die Senkung der Abhängigkeiten. In Bezug auf die Rohstoffe verwies er auf die durchgeführte Analyse und plädierte für Partnerschaften mit anderen Drittstaaten neben China. Gleichzeitig muss an europäischen Rohstoffabbauinitiativen, besseren Recyclingsystemen sowie am Aufbau von effizienten Sekundärrohstoffmärkten gearbeitet werden. Österreich hob drei Politikbereiche in der Diskussion hervor: Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Effektivität des Binnenmarktes, Abbau von Barrieren und regulatorischer Komplexität sowie die Fortführung der Diskussionen zum One-in-One-Out Prinzip. Weiters brauche es eine Diversifizierung der Lieferketten in dem Konzept der offenen strategischen Autonomie und gleichzeitiger Stärkung innovativer und hochqualitativer industrieller Produktion. Man müsse strategische Abhängigkeiten erfassen auf Basis der Analyse von Handelsdaten und Wettbewerbsposition der EU. Positiv seien auch, die Thematisierung möglicher interner Abhängigkeiten und der Ansatz zur Beobachtung industrieller Trends und der Wettbewerbsfähigkeit. Es brauche zudem eine rasche Anpassung des Wettbewerbs- und Beihilferahmens an die globale Dynamik. In Bezug auf kritische Rohstoffabhängigkeiten werde die breite Berücksichtigung der verschiedenen Kategorien begrüßt. Man arbeite auf nationaler Ebene an einer umfassenden Rohstoffstrategie. Unter TOP Sonstiges gab es sechs Informationspunkte der EK und diverser Delegationen. Die EK informierte zunächst betreffend die im April 2021 vorgelegte Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Artificial Intelligence Act). Weiters stellte KM Vestager den Vorschlag für eine Verordnung gegen die Verzerrung des Binnenmarktes durch Subventionen aus Drittstaaten vor. Österreich präsentierte das AT-BE-CZ Non-Paper mit Vorschlägen zur Aktualisierung des Wettbewerbsrechtes und des Rahmens für staatliche Beihilfen. Einzelne Elemente wurden von FR und IT unterstützt. VP Dombrovskis stellte die Überprüfung der Handelspolitik und deren wesentlichen Elemente vor und zeigte die Verbindungen zur Industriepolitik auf. Danach sprach die spanische Delegation in Vertretung von 17 MS über die Bedeutung eines funktionierenden EU Normungssystem für die Wettbewerbsfähigkeit der EU Industrie vor. Abschließend präsentierte Slowenien das Arbeitsprogramm anlässlich seiner Ratspräsidentschaft im 2. HJ 2021 für den Bereich Binnenmarkt und Industrie.

Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung, 28. Mai 2021

Am 28. Mai 2021 fand unter Vorsitz des portugiesischen Ministers für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung Manuel Heitor der Forschungsteil des Rates Wettbewerbsfähigkeit in Brüssel statt. Österreich wurde durch Bundesminister Heinz Faßmann vertreten. Seitens der Europäischen Kommission war Kommissarin Mariya Gabriel anwesend.

Erster Tagesordnungspunkt war die Allgemeine Ausrichtung der Verordnung zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (HPC). Minister Heitor dankte den Mitgliedstaaten und der Kommission für die intensiven Arbeiten. Es sei das erste gemeinsame Unternehmen, das 2018 gegründet wurde und beispielhaft, wie man in Europa gemeinsam große Herausforderungen anpacken könne. Die Supercomputer seien von der Vision zur Wirklichkeit geworden. Kommissarin Gabriel führte aus, dass man mit der neuen Verordnung ein Ökosystem an Superrechnern in der EU aufbauen könne. EuroHPC sei ein Kernstück des digitalen Zeitalters. DE führte seine Bedenken bezüglich der Regelung zu den Stimmrechten aus, kündigte an, sich deshalb zu enthalten und gab eine Protokollerklärung ab. Die anderen Delegationen äußerten sich positiv, sodass die Allgemeine Ausrichtung mit der Enthaltung von DE angenommen werden konnte.

Der nächste Punkt auf der Agenda waren die Schlussfolgerungen zur „Schaffung attraktiver und nachhaltiger Karrieren und Arbeitsbedingungen für Forscherinnen und Forscher und Verwirklichung des Austauschs von Talenten“. Der Vorsitz erinnerte an den Austausch bei der informellen Videokonferenz der Forschungsministerinnen und Forschungsminister Anfang Februar, auf dem die Schlussfolgerungen aufbauen. Es sei kein neues Thema, aber ein entscheidendes. Man wisse, dass Europa mehr Forschende brauche. Junge Forschende könne man am besten fördern, wenn man ihnen gute Rahmenbedingungen biete. Auch die Kommission teilte diese Sicht, es gehe darum, zu verhindern, dass die Forschenden abwandern. Mehrere Mitgliedstaaten betonten die Bedeutung der Freiheit von wissenschaftlicher Forschung. Minister Faßmann bedankte sich beim Vorsitz für die Initiative zu diesen Schlussfolgerungen. Die Forscherinnen und Forscher seien das Herz des Europäischen Forschungsraums und die wertvollste Ressource. Man müsse sich daher darum bemühen, Bedingungen zu schaffen, in denen diese Ressource optimal zur Entfaltung gebracht werden kann. Im vorliegenden Text seien alle wichtigen Punkte angesprochen, an denen gearbeitet werden muss. Die Freiheit der Wissenschaft sei ein ganz wesentliches Thema, deshalb sei er froh, dass alle Mitgliedstaaten die „Bonner Erklärung“ unterzeichnet haben.

Nach Annahme der Schlussfolgerungen fand die Orientierungsaussprache statt, Thema war die Erneuerung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und insbesondere, wie ein ehrgeiziger und für das nächste Jahrzehnt gerüsteter EFR aufgebaut werden kann.

Der Vorsitz führte einleitend aus, man habe in den vergangenen 20 Jahren viel erreicht – es bleibe aber viel zu tun. Daher brauche es noch mehr Zeit und Mühe, um die Diskussion weiter zu vertiefen. Kommissarin Gabriel betonte, die Erneuerung des EFR gehe zügig voran – dank der Hartnäckigkeit der Mitgliedstaaten. Nur gemeinsam könne man dafür sorgen, dass der EFR ein Erfolg werde. Die Kommission begrüße den Ehrgeiz, einen Binnenmarkt für Forschung und Wissen zu schaffen. Eine Mehrheit der Delegationen unterstützte wie die Kommission die Vision von „New ERA“, bis 2030 so einen Binnenmarkt in Europa zu verwirklichen. Minister Faßmann betonte, nur die Forschung könne bei den zentralen großen Herausforderungen helfen. Er verwies auf den demographischen Wandel, den man nur mit F&I bewältigen könne. Zur Erneuerung des EFR meinte der Minister, es sei eine extrem wichtige, wunderbare Vision – ein Europa, das für Forschende erlebbar ist. Skeptisch zeigte er sich zur Jahreszahl 2030: Es werde kein finales Datum geben, sondern es sei ein dauerhafter Auftrag. Der Vorsitz resümierte, man wolle ein digitaleres, grüneres und resilienteres Europa und dürfe die globale Dimension dabei nicht vergessen.

Unter „Sonstiges“ gab es verschiedene Informationspunkte: zur europäischen Partnerschaft für Metrologie, zum Sachstand bei den Gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von Horizont Europa, zu Mission Innovation und zur Mitteilung der Kommission über Europas globales Konzept für die Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Innovation.

Den Abschluss machte die slowenische Delegation, die über die geplanten Schwerpunkte unter slowenischem EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2021 informierte. Ministerin Simona Kustec erwähnte zunächst die horizontalen Prioritäten des künftigen Vorsitzes, wie den Wiederaufschwung nach der Pandemie und die Konferenz zur Zukunft Europas, die gerade auch im Bereich Forschung und Innovation gelten. Die vier inhaltlichen Schwerpunkte im Bereich Forschung sind (1) die weitere Arbeit an und Finalisierung der Dossiers zu den institutionalisierten Partnerschaften, (2) die Weiterentwicklung des EFR, (3) Internationale Kooperationen und Assoziierungen von Drittstaaten mit Horizont Europa und (4) Geschlechtergleichstellung im Bereich Forschung und Innovation.

Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Raumfahrt, 28. Mai 2021

Österreich wurde im Teil Raumfahrt am 28. Mai 2021 durch den Stellvertretenden Ständigen Vertreter Bot. Gregor Schusterschitz vertreten.

Die für Raumfahrt zuständigen Ministerinnen und Minister nahmen zunächst die Schlussfolgerungen zum Thema „New Space für die Menschen“ an und betonten wie wichtig Weltraumtechnologie, -daten und -anwendungen bei der Suche nach Lösungen für eine Klimawende und bei den Entwicklungen im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens von Paris sowie der Ziele des europäischen Grünen Deals sind. Ein zentrales Element der Schlussfolgerungen ist die Förderung der Entwicklung von auf Weltraumdaten basierenden Dienstleistungen und Produkten durch den Privatsektor in Europa sowie ein gemeinsamer europäischer Ansatz für „New Space“, um das wirtschaftliche Potenzial und die Schaffung von Arbeitsplätzen voll ausschöpfen zu können. In den ebenfalls verabschiedeten Schlussfolgerungen zum Thema „Weltraumtechnologien für die Menschen in europäischen Küstenregionen“ wird u.a. hervorgehoben, dass die Erdbeobachtung (Copernicus) eine entscheidende Rolle bei der Überwachung der Auswirkungen der menschlichen Tätigkeiten auf die Meere und Ozeane und insbesondere die Küstengebieten, die wichtige Ökosysteme darstellen, spielt.

In weiterer Folge führten die Ministerinnen und Minister eine Orientierungsaussprache über Europas Rolle im Weltraumverkehrsmanagement (Space Traffic Management) und verabschiedeten die von der Präsidentschaft vorgestellte Roadmap mit konkreten nächsten Schritten („Building Blocks“) die auf europäischer und internationaler Ebene gesetzt werden sollten. KM Thierry Breton sowie die Ministerinnen und Minister unterstrichen dabei die Notwendigkeit, dass Europa verstärkt gemeinsame Aktivitäten im Rahmen der Weltraumdiplomatie (auf UN-Ebene) setzen und dabei vor allem mit einer Stimme sprechen sollte. Eine enge Koordination und die Einhaltung von Abstimmungsprozessen seien unabdingbar, damit die EU und ihre Mitgliedstaaten als starke Partner wahrgenommen werden.

Abschließend informierte die slowenische Delegation unter dem TOP „Sonstiges“ über die geplanten Schwerpunkte im Raumfahrtbereich unter slowenischem EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2021.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 24. September 2021

Univ.-Prof. Dr. Heinz
Faßmann
Bundesminister

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin